



# INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

## Stadtdirektor: „Kein Vorwurf gegen SPD“

Stadtdirektor Nolte (CDU) hat sein Info vom 6. 11. 87 nach Angaben des Oberkreisdirektors folgendermaßen erläutert:

„Auch das an anderer Stelle des Informationsblattes im Satz 'Ebenso ist der offenbar mangelnde Mut als feige zu bezeichnen, sich in Ratssitzungen der Diskussion zu stellen' verwendete Wort 'feige' sei eindeutig nicht auf Personen gezielt, sondern beziehe sich auf den offenbar mangelnden 'Mut'. Das Wort 'offenbar' bringe auch hier den Vorbehalt (offensten lassen) klar zum Ausdruck. Für den Stadtdirektor bedeutet 'mangelnder Mut' lediglich eine Charaktereigenschaft, wobei nach seiner Meinung noch nicht einmal objektiv feststellbar ist, ob diese Eigenschaft als positiv oder negativ zu werten ist. Zusammenfassend wird vom Stadtdirektor nochmals erklärt, daß er weder eine Person noch eine

Personenmehrheit als 'feige' bezeichnet hat und dies auch nicht wollte . . .

Im übrigen hat mir der Stadtdirektor dazu mitgeteilt, daß er an keiner Stelle des Informationsblattes behauptet habe, die SPD-Mitglieder seien feige.“

Jeder, der für die deutsche Sprache das übliche Verständnis aufbringt, wird auf eine andere Deutung kommen. Da der Oberkreisdirektor die Erklärung als „überzeugend“ bezeichnet, überlassen wir unseren Lesern die Beurteilung!

Was sich die CDU sonst noch einfallen läßt: Ihr Fraktionsvorsitzender, Werner Schmiedeler, hat in der öffentlichen Ratssitzung vom 30. 12. 87 die SPD sogar in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt. Er hat erklärt, falls wir gerichtlich gegen das Info des Stadtdirektors vorgehen würden, sei dies

bereits eine Vorverurteilung des Stadtdirektors. An anderer Stelle hat er erklärt, wenn die Landesregierung das Vorliegen einer Straftat prüfe, erinnere ihn dies an die Zeit vor etwas mehr als 40 Jahren. (Nachzulesen in der Niederschrift der Ratssitzung vom 30. 12. 87).

Die SPD-Fraktion wird nicht jedesmal wie am 30. 12. 87 aus Protest die Sitzung verlassen, aber wir können auch nicht akzeptieren, daß die CDU, wie bereits mehrfach in den letzten Ratssitzungen praktiziert, erst ein „Feuerwerk von Angriffen gegen die SPD abbrennt“, und dann mit ihrer Mehrheit die Debatte sofort beendet. Dieses undemokratische Verhalten, Andersdenkende erst gar nicht richtig zu Wort kommen zu lassen, sollte sich die CDU lieber verneifen.

## Stoltenbergs Finanzchaos

### 40 Milliarden Neuverschuldung — 1989 Steuern rauf!

Hat Gerhard Stoltenberg noch vor einigen Wochen, bei den Haushaltsberatungen, von einem solide finanzierten Bundeshaushalt 1988 gesprochen, so mußte der durch die Kieler Wahlkampffäre und die wehleidige Steuerreform angeschlagene Bundesfinanzminister nun den „finanzpolitischen Offenbarungseid“ leisten.

Stoltenberg merkt nun einmal wie das ist, wenn nicht, wie in den 5 Jahren zuvor, jährlich Bundesbankgewinne in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen.

Übrigens: SPD-Finanzminister konnten vor 1983 in keinem Jahr derartig hohe „Bundesbankgeschenke“ einstreichen.

Der Rotdom hat bereits in seiner letzten Ausgabe auf den bevorstehenden Anstieg der Nettoneuverschuldung des Bundes hingewiesen. Als Skandal muß aber nun bezeichnet werden, daß Stoltenberg die Verbraucher für seine unseriöse Finanzpolitik zur Kasse bitten will.

Statt vernünftigerweise durch den Verzicht auf die umstrittene Steuerreform sowohl die Neuverschuldung des Bundes ab 1990 deutlich zu verringern und gleichzeitig auch Länder und Kommunen vor den katastrophalen Auswirkungen der Steuerreform zu bewahren, sollen also alle Bürger (auch die, die von der Steuersenkung nichts bekommen wie Rentner, Arbeitslose usw.) in Form von höheren Verbrauchssteuern das Geld zusammentragen, welches dann bei der Steuerreform wieder verteilt werden soll.

Profitieren werden, wie bei dieser Regierung so oft schon, die Bürger, die eh schon auf der wirtschaftlichen Sonnenseite stehen.

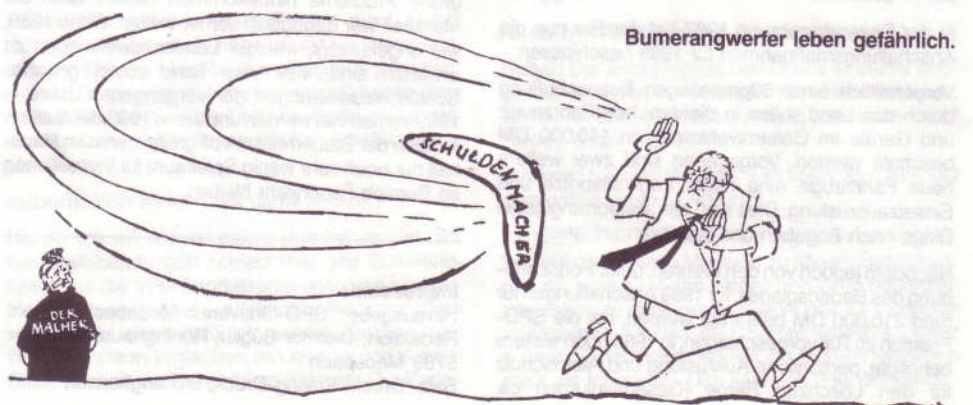
Wir Sozialdemokraten meinen, dieses ist unsozial und zudem beschäftigungspolitisch unsinnig, da sich durch diese Politik nichts auf dem Arbeitsmarkt ändern wird.

Die Bundesregierung hat somit nach dem Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch im Bereich der Staatsverschuldung Schiffbruch erlitten. Nachdem gerade an diesen Problemen die sozial-

liberale Koalition zerbrochen ist, darf man gespannt sein, wie sich die FDP nun verhält.

Will sie glaubwürdig bleiben, müßte sie die Regierungskoalition sofort verlassen, zumal ihr 1982 1,8 Millionen Arbeitslose und rund 37 Milliarden Neuverschuldung Grund genug waren Helmut Schmidt als Kanzler abzuwählen.

Es darf jedoch angenommen werden, daß die FDP 40 Milliarden oder mehr Neuverschuldung in Kauf nimmt, solange die eigene Lobby durch dicke Brocken bei der Steuerreform zufriedengestellt ist.



## Bebauungsplan Bachstraße

Für den Bereich „Bachstraße“ soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden, weil hier „die größten städtebaulichen Mißstände in der gesamten Kernstadt“ gegeben seien (so die Verwaltungsvorlage Nr. 1359). Der unverbindliche Rahmenplan der Freien Planungsgruppe Berlin (FPB) schlägt für die Erarbeitung eines Bebauungsplanentwurfs eine Reihe von Maßnahmen vor.

Die betroffenen Bürger, die im Bereich Bachstraße wohnen oder ihre Geschäfte haben, scheinen aber nicht mit allen Empfehlungen des Rahmenplans einverstanden zu sein.

Dennoch hat der Rat beschlossen, Kostenangebote für die Erstellung des Planentwurfs nur von der FPB und dem Kreisplanungsamt einzuholen. Die Verwaltungsvorlage führt eine Reihe von Vorteilen auf, die sich angeblich bei einer Beauftragung der FPB ergeben sollen. Für das Kreisplanungsamt spreche allenfalls die niedrigere Vergütung.

Dann aber erscheint der Ratsbeschluß nicht ganz verständlich. Wenn es nur auf die Höhe der Vergütung ankäme, hätte der Auftrag zur Erstellung des Planentwurfs sogleich an das Kreisplanungsamt vergeben werden können.

Dem Kreisplaner statt der FPB den Auftrag zur Erarbeitung des Planentwurfs zu erteilen, scheint auch

aus anderen Gründen sinnvoller, auch wenn anscheinend die Verwaltungsvorlage die FPB bevorzugen möchte: Die FPB ist nicht mehr frei in ihrer Planung. Sie hat sich mit dem Rahmenplan bereits in einer bestimmten Richtung festgelegt. Aus den schon eingefahrenen Geleisen wieder herauszufinden, dürfte ihr sicher schwer fallen.

Dagegen ist der Kreisplaner noch nicht befangen. Er kann mit den betroffenen Bürgern sprechen, unvoreingenommen den Rahmenplan begutachten und vielleicht mit neuen Ideen zu neuen überzeugenden Lösungen gelangen.

Unverständlich ist, wenn ein CDU-Stadtvertreter dies damit abtut, hier seien neue Ideen nicht mehr gefragt. Wir meinen dagegen, hier sei nichts so notwendig wie neue Ideen.

Übrigens trifft der in der Verwaltungsvorlage genannte Vorteil, die FPB halte vereinbarte Termine ein, wohl doch nicht so ganz zu. Als Beweis für die Nichteinhaltung von Terminen durch den Kreisplaner nannte die Verwaltung den Dreislarer Bebauungsplan. Dessen Bearbeitung liegt aber gar nicht in der Hand des Kreisplaners. Vielmehr ist die FPB verantwortlich. Mithin ein Grund mehr, nicht die FPB mit der Erstellung des Planentwurfs „Bachstraße“ zu beauftragen.

## Umgangston

Oberschledorner Bürger haben uns den nachfolgend abgedruckten Brief für den rotstern übergeben. Wie wir erfahren haben, soll dieser Brief bereits beim Kaffee nach der Beerdigung von Hand zu Hand gegangen sein.

Zur Erläuterung fügen wir hinzu, daß in Oberschledorn die Nachbarn eines Verstorbenen dessen Grab ausheben und es nach der Beerdigung wieder verfüllen. Die dabei entstandenen Schäden sind, wie von vornherein beabsichtigt, beseitigt worden.

Hier der Brief:

„Einschreiben  
Herrn ...

Betr. Angerichtete Schäden auf dem Friedhof  
Oberschledorn

Sehr geehrter Herr ...  
am heutigen Tage habe ich davon Kenntnis erhalten, daß Sie auf dem Friedhof Oberschledorn größere Schäden angerichtet haben.

Sie sind mit einem Traktor und einem Anhänger in den alten Teil des Friedhofs (Hauptweg) eingebogen und dann zwischen zwei Grabreihen hindurch zu einem auszuhebenden Grab gefahren.

Da der Weg zwischen den Grabreihen viel zu schmal für das Fahrzeug war, haben Sie tiefe Rillen auf der noch nicht belegten eingesäten Grabreihe hinterlassen. Den Grabaushub haben Sie auf den Anhänger geladen und sind sodann über den gerade erst hergerichteten neuen Teil des Friedhofes zum Ausgang zurückgefahren.

Dabei wurden mehrere Rasenkantensteine umgefahren und die gesamte Fahrtstrecke durch das schwere Fahrzeug verunstaltet. Für jedermann ist ohne Zweifel klar erkennbar, daß es sich bei der von Ihnen mit dem Traktor befahrenen Strecke um reine Fußwege handelt. Seit Jahrzehnten wird der Grabaushub auf dem Friedhof mit Schubkarren abgelagert. Es ist schwer, Ihr Verhalten überhaupt zu begreifen. Ich fordere Sie hiermit auf, alle von Ihnen verursachten Schäden bis spätestens

14. November 1987

restlos zu beseitigen und den vorherigen Zustand wieder herzustellen.

Sollten Sie diese Frist nicht einhalten, werde ich unverzüglich davon Dritte mit der Beseitigung der Schäden beauftragen und Ihnen die Kosten in Rechnung stellen. Die Erstattung der Kosten würde ich dann ggf. auch gerichtlich durchsetzen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Nolte

## Neue Zuständigkeitsordnung

In der neuen Zuständigkeitsordnung der Stadt sind die Bestimmungen entfallen, die die Beteiligung des Hauptausschusses an Personalentscheidungen des Stadtdirektors vorsahen. Der Stadtdirektor hatte dies in der Vorberatung damit begründet, er werde wohl kaum gegen die Meinung des Hauptausschusses etwa einen Lehrling einstellen.

Nun hat der Stadtdirektor bei seinem Vorschlag aber offenbar übersehen, daß die Hauptsatzung der Stadt

in §16 die Beteiligung des Hauptausschusses bei solchen Personalentscheidungen ausdrücklich vorschreibt. Die Zuständigkeitsordnung kann diese Bestimmung der Hauptsatzung nicht außer Kraft setzen.

Der mit dem Vorschlag des Stadtdirektors verfolgte Zweck ist also nicht erreicht worden. Der Hauptausschuß muß nach wie vor gehört werden. Wir behalten uns auch in Zukunft vor, Auskünfte auf ihre rechtliche Haltbarkeit zu überprüfen.

## Feuerwehranschaffungen 1988

Nach der Kommunalwahl 1984 beauftragte der Rat den Feuerwehrausschuß, einen mittelfristigen Bedarfsplan über die in den kommenden Jahren für den Feuerschutz erforderlichen Investitionen aufzustellen.

Bei der Erarbeitung des Bedarfsplanes wurde festgestellt, daß fast alle Fahrzeuge in den Ortsteilen bereits mehr als 20 Jahre alt und dringend erneuerungsbedürftig sind. Bei einigen kann man fast täglich mit der Stilllegung rechnen, lautete damals die Auskunft der Brandmeister. So wurden in den letzten 3 Jahren dann auch bereits mehrere neue Fahrzeuge beschafft.

In der Dezembersitzung 1987 hat der Rat nun die Anschaffungsmaßnahmen für 1988 beschlossen.

Vorbehaltlich einer 50prozentigen Bezuschußung durch das Land sollen in diesem Jahr Fahrzeuge und Geräte im Gesamtvolumen von 140.000 DM beschafft werden. Vorgesehen sind zwei weitere neue Fahrzeuge, eine neue Tragkraftspritze und Einsatzrüstung. Dies sind die allervorrangigsten Dinge nach Angaben des Stadtbrandmeisters.

Nachdem jedoch von den Wehren, unter Fortschreibung des Bedarfsplanes, für 1988 Anschaffungen für rund 210.000 DM beantragt wurden, hat die SPD-Fraktion im Rat vorgeschlagen, in 1988 noch weitere benötigte, persönliche Ausrüstung und Atemschutz für den Löschzug Berge (Gesamtvolumen ca.

20.000 DM) zu beschaffen. Dieser Antrag wurde jedoch von der CDU-Ratsmehrheit abgelehnt.

Die SPD ist jedoch nach wie vor der Ansicht, da gerade auch im letzten Jahr bei weitem die im Bedarfsplan vorgesehenen Anschaffungen nicht vorgenommen werden konnten, daß 1988 das eben mögliche beschafft werden sollte, weil sich in den nächsten Jahren die Haushaltslage eher verschlechtern denn bessern wird.

Ich gehe davon aus, so der für Feuerwehr und Haushalt zuständige SPD-Stadtvertreter Michael Hiemer, daß wir 160.000 DM im Haushalt 1988 ohne große Probleme hinkommen hätten, aber die Mehrheit war dagegen. Hiemer weiter: Wenn 1989, wie angekündigt, weniger Landeszuweisungen zu erwarten sind, weil vom Land zuviel gezahlte Schlüsselzuweisungen der vergangenen Jahre in 1989 verrechnet werden und wenn 1990 die Auswirkungen der Steuerreform voll greifen, wird im Haushalt nur noch sehr wenig Spielraum für Investitionen im Bereich Feuerwehr bleiben.

### Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach  
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5,  
5789 Medebach  
Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen

## Hausanschlüsse Wasser

Reparaturen und Änderungen an Wasserhausanschlüssen dürfen seit 1. 1. 82, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, nicht mehr den Hauseigentümern in Rechnung gestellt werden. Die Stadt hatte die Änderung ihrer Satzung jedoch versäumt und für derartige Leistungen weiterhin Zahlung verlangt.

Soweit Hauseigentümer dagegen vorgegangen sind, hatten sie vor Gericht Erfolg. Die meisten aber haben das verlangte Geld gezahlt.

Wir sind der Meinung, die Stadt müsse, auch wenn sie gesetzlich dazu nicht verpflichtet ist, solche Überzahlungen erstatten. Das ihr rechtlich an sich nicht zustehende Geld einfach zu behalten, erschiene uns ungerecht. Ob die Rückzahlung direkt, durch Verrechnung mit Wassergebühren oder in Raten erfolgt, ist demgegenüber nicht von Bedeutung.

# Nochmals: Abitur in Medebach

Mit unserem Artikel im rotorn Nr. 19 haben wir anscheinend einen Nerv getroffen: viele positive und viele negative Reaktionen, kaum ausgeglichene. Die Kritik konzentrierte sich auf drei Punkte:

- *Benachteiligung der Medebacher Schüler in Winterberg:*

Wir haben uns ausschließlich auf Angaben des Stadtdirektors über ein von ihm am 4. 9. 87 beim RP geführtes Gespräch gestützt. Bei kritischer Prüfung dieser Angaben wird man sie wohl kaum generalisieren dürfen. Sie konnten sich nur auf einzelne beziehen.

- *Steigende Zahl solcher Schüler, die statt Winterberg eine andere weiterführende Schule besuchen:*

Hier waren wir bedauerlicherweise falsch informiert. Dies trifft, jedenfalls zur Zeit, nicht zu.

- *Der Leiter der Hauptschule sei gar nicht Ratsmitglied:*

Das haben wir auch nie behauptet. Er hat aber als damaliges Mitglied des Schulausschusses, der u. E. Teil des Rates ist, gegen die Aufstockung des Gymnasiums Stellung bezogen (Protokolle vom 2. 6. und 11. 11. 86).

Es freut uns, daß der rotorn offenbar gelesen wird. Kritik, vor allem berechtigte, nehmen wir gerne auf. Mit unserem Abiturartikel haben wir unser Ziel erreicht, auf das Problem aufmerksam zu machen.

Übrigens: Nach aktueller Beschlußlage des Schulausschusses, die wohl auch vom Rat übernommen werden wird, soll zur Zeit die Errichtung der geplanten Oberstufe am Medebacher Gymnasium nicht weiterverfolgt werden, da vom RP in Arnsberg hierfür derzeit keine Zustimmung zu bekommen ist. Gründe hierfür liegen u. a. in der geringer als von der Stadt Medebach erwarteten Schülerzahl, die für eine Oberstufe in Medebach zu erwarten wäre. Ein weiterer Grund liegt darin, daß das Land derzeit aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist auf der einen Seite für neue Oberstufen dann neue benötigte Lehrkräfte einzustellen, während anderorts in Folge zurückgehender Schülerzahlen Lehrkräfte übrig sind.

Die Stadt Medebach behält sich jedoch vor, das Thema Oberstufe unverzüglich erneut aufzugreifen, falls sich wesentliche Änderungen der Rahmenbedingungen ergeben sollten.

## Wo war die Stadt?

Seit Jahren bemüht sich die Stadt darum, auch den größeren Teil ihres Waldes in eine Forstbetriebsgemeinschaft einzubringen, nachdem ein kleinerer Teil bereits zur Forstbetriebsgemeinschaft Grafschaft gehört. Als Mitglied einer Forstbetriebsgemeinschaft würden sich nicht nur die von der Stadt zu zahlenden Beförsterungskosten halbieren (1988 eine Ersparnis von rund 10.000,- DM). Außerdem käme in diesem Falle die Stadt auch in den Genuß von Landesbeiträgen für die Bewirtschaftung ihres Waldes.

Nun ist die Forstbetriebsgemeinschaft Orke gegründet worden. Die Einladung zur Gründungsversammlung ist in ortsüblicher Weise in der Presse erfolgt. Der Vorsitzende des Umwelt- und Forstausschusses, Herr Große, hat nach eigenem Bekunden als Beobachter an der Gründungsversammlung teilgenommen, nachdem er sich hierüber mit dem Bürgermeister abgesprochen hatte. Die Stadt Medebach, die durch den Stadtdirektor vertreten wird, fehlte aber bei der Versammlung.

Dennoch hoffen wir, daß die Stadt mit tatkräftiger Hilfe anderer Stellen als Mitglied der Forstbetriebsgemeinschaft anerkannt werden wird. Die Hürde der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde in Münster ist zu nehmen.

Immerhin fragen wir uns aber, warum die Stadt angesichts ihres großen Interesses an der Forstbetriebsgemeinschaft Orke nicht durch einen ordentlichen Vertreter an deren Gründungsversammlung teilgenommen hat.

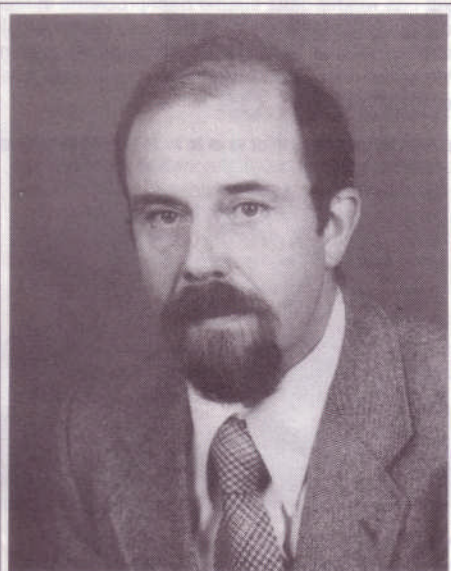
rotorn-serie • rotorn-serie • rotorn-serie • rotorn-serie •

## Zur Person

In der rotorn-serie „Zur Person“ werden die aktiven Mitglieder der SPD Medebach vorgestellt.

Die Serie wurde in der letzten Ausgabe mit der Vorstellung des Medebacher SPD-Vorsitzenden Bügler begonnen, und in dieser Ausgabe mit der Vorstellung der SPD-Stadtvertreter Habel und Figgen fortgesetzt.

rotorn-serie • rotorn-serie



Ekkehard Habel, 48 Jahre

verh., 2 Kinder. Nach der Schule Forstlehre und Jurastudium, danach Geschichtsstudium und Referendar, Richter in Pfaffenhofen (Bay.), Bochum, Arnsberg, seit 1969 Amtsgericht Medebach. SPD-Mitglied seit 1965.

**rotorn:** Herr Habel, Sie sind seit 12 Jahren Mitglied des Medebacher Rates. Warum haben Sie als Richter sich in den Rat wählen lassen?

**Habel:** Als staatlicher Richter wende ich das bestehende Recht auf einzelne Fälle an. Die persönliche Meinung eines Richters hat völlig zurückzutreten, soweit ein Mensch dazu überhaupt in der Lage ist. Es sollte in meinem Beruf sozusagen keine persönliche Meinung geben.

Von der Demokratie überzeugt habe ich aber die Möglichkeit gesehen, unterhalb der staatlichen Ebene, der ich als Richter angehöre, als Bürger dieser Stadt deren örtliche Angelegenheiten mitzugestalten. Hier kann es auch nicht zu einem besonderen Interessenkonflikt zwischen Beruf und Ratsmitgliedschaft kommen.

**rotorn:** Sie sind aber als Mitglied einer Partei in den Rat gewählt worden. Erwachsen daraus Probleme?

**Habel:** Hinsichtlich meines Berufes nicht, bisher jedenfalls. Andererseits habe ich mit Bedauern festgestellt, daß die Medebacher „Regierungsfraktion“ sich, im Gegensatz zu früher, immer stärker an ihrer Parteilinie orientiert. Das führt notwendig zu Auseinandersetzungen, die der sachlichen Arbeit im Wege stehen.

**rotorn:** Was meinen Sie damit konkret?

**Habel:** Ich will das an einem Beispiel zeigen: Bei Haushaltsberatungen schiebt man alle Schwierigkeiten auf die SPD-Landesregierung, man konzentriert sich weniger auf Medebacher Probleme. Dem widerspricht dann natürlich unsere Fraktion, und schon könnte man glauben, im Landtag, und nicht im Stadtrat zu sitzen. Ein weiteres Beispiel: Die Partei-

Linientreue hat seit einigen Jahren bei der CDU-Ratsfraktion anscheinend zu einer Art Fraktionszwang geführt. Ich wundere mich schon nicht mehr, wenn ich nach einer Abstimmung über eine Bebauungsplanänderung oder einen Straßenausbau von einem CDU-Ratskollegen höre, so ganz sei er ja mit der Haltung seiner Fraktion nicht einverstanden. Aber er habe nun mal nicht anders können.

**rotorn:** Wie wollen Sie das ändern?

**Habel:** Ich fürchte, der parteipolitische Zugriff auf die Ratsfraktionen, den es woanders auch bei anderen Parteien gibt, läßt sich kaum mehr ausschließen. Widerstehen können dem nur starke Persönlichkeiten. Zu ihnen gehörte der frühere Vorsitzende der CDU-Fraktion Erwin Schmiedeler. Sein Ausscheiden aus dem Rat habe ich bei aller sachlichen Gesinnung bedauert.

**rotorn:** Was ist für Sie selbst wesentlich für Ihre Tätigkeit im Rat?

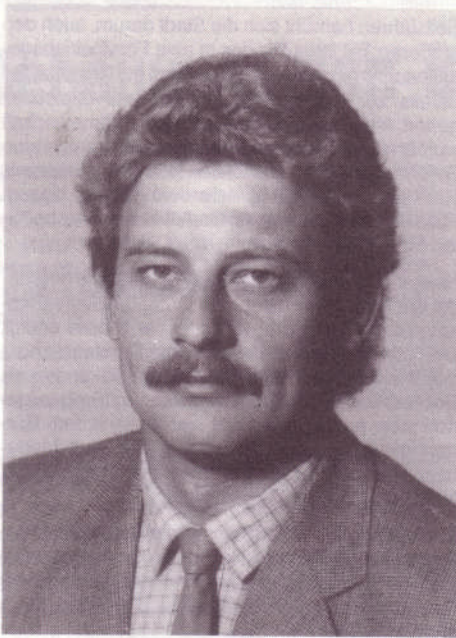
**Habel:** Benachteiligung der einen und Bevorzugung der anderen abzubauen. Die Freiheit der Bürger zu achten. Wieder ein Beispiel: Ein Bebauungsplan sollte nur grundsätzliche Leitlinien geordneter Bebauung vorgeben. Ich halte es für ganz unsinnig, dem Bürger vorzuschreiben, sein Haus nur entweder weiß zu verputzen oder schwarz/grau zu ver-schiefern.

**rotorn:** Wie sehen Ihre Erfahrungen aus?

**Habel:** Der Erfolg dieses Bemühens ist bisher eher gering. Man hört dem Bürger nicht mehr richtig zu. Ich fürchte auch sehr, daß zu häufig über seinen Kopf hinweg entschieden wird.

**rotorn:** Sie sind in letzter Zeit heftig von der CDU angegriffen worden. Warum?

Ich habe es mir bis heute nicht abgewöhnen können, frei und offen meine Meinung zu sagen. Dabei werden ich wohl zu vielen Leuten und ihren geheimen Interessen zu nahe getreten sein. Wer für möglichst umfassende Freiheit aller Bürger eintritt, schränkt notwendig die lokalen Könige ein. Sie schmähen ihn dafür als Ideologen. Das kann ich aber ertragen.



**Karl-Heinz Figgen**

Medebach-Deifeld  
Wissinghauser Str. 16  
geboren 27. 8 54, verheiratet,  
eine Tochter, Dipl.-Ing.

**rotdorn:** Herr Figgen, was machen Sie beruflich?

**Figgen:** Ich arbeite bei einer Briloner Firma als Unternehmensberater.

**rotdorn:** Was macht man als Unternehmensberater?

**Figgen:** Man berät Industriefirmen bei der Neuorganisation ihrer Verwaltung, meist in Verbindung mit einer EDV-Einführung, und schult die Mitarbeiter im Umgang mit EDV-Programmen.

**rotdorn:** Welche Ausbildung haben Sie durchlaufen, um diesen Beruf ausüben zu können?

**Figgen:** Nach dem Hauptschulabschluß habe ich eine Lehre als Werkzeugmacher absolviert, dann die Fachoberschule besucht und nach der Bundeswehr in Meschede Maschinenbau studiert.

**rotdorn:** Dann sind Sie in Ihrem Beruf sicherlich viel unterwegs?

**Figgen:** Unsere Kunden befinden sich im gesamten Bundesgebiet und erfordern daher viel Reisetätigkeit.

**rotdorn:** Bleibt da noch Zeit für Hobbys?

**Figgen:** Nur am Wochenende! Da bin ich als Vorstandsmitglied und Mannschaftsbetreuer des SV Deifeld unterwegs.

**rotdorn:** Und die politische Arbeit in Partei und Stadtrat?

**Figgen:** Auch das findet ja meist am Wochenende statt, so daß die Mitarbeit in diesen Gremien noch gut funktioniert.

**rotdorn:** Wie sind Sie zur Politik gekommen?

**Figgen:** Ich habe mich schon als Jugendlicher immer für die Politik interessiert und bin dann 1975 in die SPD eingetreten, um die Politik dieser Partei zu unterstützen. 1979 habe ich dann das erste Mal für den Stadtrat kandidiert, um das Defizit der SPD auf den Ortsteilen etwas abzubauen. Aber erst 1984 hat es dann mit einem Mandat für den Stadtrat geklappt.

**rotdorn:** Was halten Sie denn von den augenblicklichen Auseinandersetzungen im Medebacher Stadtrat?

**Figgen:** Es darf sicher nicht zum Selbstzweck werden, daß sich die Parteien in die Haare kriegen. Wenn es aber wie jetzt um grundsätzliche Dinge geht, muß so etwas auch durchgefochten werden.

**rotdorn:** Wie kam es eigentlich zu der derzeitigen Konfrontation?

**Figgen:** Die SPD hatte in der letzten Ausgabe des rotdorn dem Stadtdirektor (CDU) vorgeworfen, die Fraktion falsch informiert zu haben, und hatte daraus geschlossen, daß man den Auskünften des Stadtdirektors wohl nicht immer Glauben schenken darf. Was sich in der Zwischenzeit erneut bestätigt hat. Dieses hat der Stadtdirektor zum Anlaß genommen, ein Flugblatt an alle Medebacher Haushalte zu verschicken. Hierin stellte er die Angelegenheit aus seiner Sicht dar.

**rotdorn:** Ist daran etwas auszusetzen?

**Figgen:** Im Grunde nicht! Leider hat der Stadtdirektor dieses Flugblatt jedoch gleichzeitig dazu benutzt, die SPD-Stadtvertreter als Feiglinge zu beleidigen. Bezahlt wurde das alles noch aus Steuermitteln der Medebacher Bürger!

**rotdorn:** Was hat die SPD dagegen unternommen?

**Figgen:** Wir haben bei der Kommunalaufsichtsbehörde eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht. Wie nicht anders zu erwarten, hat der Oberkreisdirektor diese Beschwerde gegen seinen Parteifreund in Medebach abgelehnt. (Der Medebacher Bürgermeister Günter Langen ist Vorsitzender der CDU-Hochsauerlandkreis — Anmerkung der Redaktion!) Wobei die Begründung schon sehr merkwürdig ist. Unabhängig davon hat der SPD-Landtagsabgeordnete Westermann eine kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, in der er Auskunft über die Rechtmäßigkeit der Machenschaften des Stadtdirektors erbittet. Eine Antwort steht noch aus.

**rotdorn:** Wieso ist die SPD-Fraktion aus der letzten Ratssitzung ausgezogen?

**Figgen:** Die CDU-Fraktion hatte diese Sitzung völlig überflüssigerweise gefordert und einberufen lassen. Nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende Schmiedeler und der Bürgermeister fast eine Stunde geredet hatten, und dabei in polemischer Art und Weise über die SPD hergezogen waren, erklärten sie uns, wir dürften uns jetzt **einen** Sprecher aussuchen, der antworten könne. Jede weitere Wortmeldung würden sie mit ihrer satten Mehrheit verhindern.

**rotdorn:** Kann sie das denn?

**Figgen:** Die Geschäftsordnung läßt das zu. Allerdings war dieser Paragraph dazu gedacht, endlose Debatten zu verhindern, und nicht, um in vollkommen undemokratischer Weise die Rechte der Minderheiten brutal abzuwürgen.

**rotdorn:** In mehreren Zeitungsartikeln wurde das SPD-Ratsmitglied E. Habel scharf angegriffen.

**Figgen:** Der Richter Ekkehard Habel ist der CDU schon lange ein (Rot-)Dorn im Auge. Und nun glaubt die CDU, die Gelegenheit nutzen zu müssen, und konstruiert einen „Fall Habel“. Da die geistige und politische Potenz der CDU-Führung scheinbar nicht ausreicht, um ihm politisch Paroli bieten zu können, versucht sie nun auf sehr unchristliche Art, ihn beruflich fertig zu machen. Ganz im Kiel-Wasser anderer CDU-Organisationen! Obwohl es 18 Jahre (so lange ist E. Habel bereits Richter in Medebach) keinerlei Beschwerden gegeben hatte, wurde eine angeblich „verunsicherte Bevölkerung“ — hier verwechselt die Medebacher CDU wohl sich mit der Bevölkerung — vorgeschoben um eine Anfrage an die Landesregierung zu stellen. Hierin möchte sie einen neutralen (die CDU meint damit wohl einen ihrer Gesinnungsgenossen) Richter nach Medebach bekommen.

**rotdorn:** Kann sie das?

**Figgen:** Die deutsche Rechtsprechung ist so strukturiert, daß sie von den jeweiligen kleinen Provinzfürsten unabhängig ist. Den einzigen (Bären-) Dienst, den die CDU der Stadt Medebach damit erweist, ist, daß die Diskussionen um den Verbleib des Amtsgerichts in Medebach wieder aufflammen. Nachdem alle Parteien jahrelang auf allen Ebenen für den Erhalt des Amtsgerichts gekämpft haben, ist diese Anfrage fürwahr eine taktische Meisterleistung der Medebacher CDU-Führung.

**rotdorn:** Wie wird es in Medebach weitergehen?

**Figgen:** Wenn sich die CDU daran gewöhnt hat, daß die SPD sich nicht überfahren läßt und ihre Meinung im rotdorn auch veröffentlicht, und wenn der CDU-Stadtdirektor seine mimosenhafte Empfindlichkeit auf jegliche Kritik etwas ablegt, werden wir uns wieder ganz auf die Sachprobleme in Medebach konzentrieren können. Diese haben wir allerdings auch in der Zwischenzeit nicht vergessen. Was auch in anderen Artikeln des rotdorn zum Ausdruck kommt.



## Minister Heinemann in Medebach

Am 11. November 1987 besuchte der NRW-Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann den SPD-Ortsverein Medebach.

Bei einem Empfang im Rathaus trug sich Heinemann, der auch Bezirksvorsitzender des größten SPD-Bezirk Westliches Westfalen ist, in das goldene Buch der Stadt Medebach ein. Im Anschluß daran besuchte der Minister das Altenheim. Hierbei wurde ihm die Notwendigkeit einer Erweiterung des

Heimes vorgetragen. Zur Realisierung dieser Maßnahme versprach er seine persönliche Hilfe. Bei der nachfolgenden öffentlichen Versammlung (Bild) sprach Heinemann zu aktuellen sozialpolitischen Themen.

Unser Bild zeigt von links den Medebacher SPD-Vorsitzenden Dietmar Bügler, Minister Heinemann, die stellvertretende Bürgermeisterin Brunhilde Sengen und Stadtvertreter Michael Hiemer.